

INFORUM

INFORMATIONSDIENST FÜR POLITISCHE ENTSCHEIDERINNEN UND ENTSCHEIDER | DEZEMBER 2021 | DEUTSCHER DERIVATE VERBAND (DDV)

→ KOALITIONSVERTRAG

„Mehr Fortschritt wagen“ – Ampelparteien präsentieren Koalitionsvertrag | 1

→ NATIONALE FINANZBILDUNGSSTRATEGIE FÜR ÖSTERREICH

„Mein Geld, mein Leben, meine Entscheidung – ich bin mir sicher!“ | 3

→ MARKTTRANSPARENZ

Aktuelle Zahlen zu strukturierten Wertpapieren in Deutschland | 4

→ STUDIE ZUR WERTPAPIERBERATUNG

Verbände fordern Chancengerechtigkeit bei der privaten Vermögensbildung | 4

→ AKTUELLES

Nachrichten | 5
Zitat der Stunde | 6

→ KOALITIONSVERTRAG



„Mehr Fortschritt wagen“ – Ampelparteien präsentieren Koalitionsvertrag

➤ Am 24. November stellten die Ampelparteien ihren ausgehandelten Koalitionsvertrag der Öffentlichkeit vor. Als DDV sehen wir darin gute Ansätze, um die Investmentkultur in Deutschland zu verbessern und kommen insgesamt zu einer positiven Bewertung. Denn interessante Initiativen werden angekündigt, um notwendige Modernisierungsmaßnahmen in Deutschland voranzubringen.

Liebe Leserin,
lieber Leser,



mit dieser Ausgabe des INFORUM legen wir Ihnen eine Übersicht über die wichtigsten Vorhaben der neuen Bundesregierung aus Sicht von Wertpapieranlegerinnen und -anlegern vor – soweit die Vorhaben im jetzt ausverhandelten Koalitionsvertrag festgehalten sind. Dem Koalitionsvertrag liegt ein hartes Ringen um gute und gemeinsame Positionen der drei Ampel-Parteien zugrunde. Die Öffentlichkeit hat von diesem harten Ringen in den vergangenen Wochen und Monaten nur ganz wenig mitbekommen.

Das ist in der Tat neu im politischen Berlin. Die Art und Weise, wie Politikerinnen und Politiker hinter verschlossenen Türen harte Diskussionen geführt haben, könnte einen Stilwechsel in der Politik einläuten. Als DDV sind wir für eine sachlich fundierte Diskussion mit politischen Entscheiderinnen und Entscheidern bekannt. Das wollen wir auch mit allen neuen Gesprächspartnerinnen und -partnern in der neuen Bundesregierung weiterführen.

Es gibt viele gute Argumente, die Investmentkultur in Deutschland weiterzuentwickeln. Zertifikate und andere strukturierte Wertpapiere gehören dazu, denn sie bieten – neben vielem anderen – die Möglichkeit, Vorsorge mit Absicherung zu betreiben. Insofern freuen wir uns auf den Austausch mit der Politik.

Viel Freude bei der Lektüre wünscht Ihnen

Dr. Henning Bergmann
Geschäftsführender Vorstand des DDV

DDV zum Koalitionsvertrag „Gute Ansätze für die Investmentkultur in Deutschland“

Wir begrüßen die internationale und chancenorientierte Ausrichtung des Koalitionsvertrages für einen leistungsstarken EU-Kapitalmarkt. „Wir brauchen eine neue Dynamik gegenüber den Chancen und Risiken aus neuen Finanzinnovationen, Kryptoassets und Geschäftsmodellen. Wir setzen uns für ein Level-Playing-Field mit gleichen Wettbewerbsbedingungen innerhalb der EU, zwischen traditionellen und innovativen Geschäftsmodellen und gegenüber großen Digitalunternehmen ein“, heißt es im Vertrag. Der Finanzplatz Deutschland soll für FinTechs, InsurTechs, Plattformen, NeoBroker und innovative Unternehmen weiter gestärkt werden und führend in Europa sein.



In Deutschland soll die gesetzliche Rente durch den Einstieg in die kapitalgedeckte Altersvorsorge zukunftsfest und generationsgerecht gemacht werden. „Diese teilweise Kapitaldeckung soll als dauerhafter Fonds von einer unabhängigen öffentlich-rechtlichen Stelle professionell verwaltet werden und global anlegen“, heißt es dazu im Koalitionsvertrag. Dieser erste richtige Schritt kann ein wertvoller Moment sein, um der Wertpapierkultur in Deutschland einen Schub zu verleihen. Je mehr Menschen Erfahrung mit Wertpapieranlagen machen, für desto mehr stellt sich auch die Frage, ob sie sich schon mit strukturierten Wertpapieren beschäftigt haben. Ein gemeinschaftliches System der kapitalgedeckten Altersvorsorge ist sicherlich richtig, aber die private Wertpapieranlage muss dabei mitgedacht werden: Kein Entweder-Oder sondern ein Sowohl-Als-Auch! Nur wenn wir in der Altersvorsorge zukünftig eine breite Auswahl an Anlagemöglichkeiten am Kapitalmarkt haben, wird eine generationsgerechte Altersvorsorge und -versorgung erreichbar sein.

Wir begrüßen, dass der Sparerfreibetrag von derzeit 801 Euro ab Januar 2023 auf 1.000 Euro pro Person angehoben werden soll. Gleichwohl hätten wir uns an dieser Stelle etwas mehr gewünscht, zumal der Freibetrag im Jahr 1993 noch bei insgesamt rund 3.000 Euro pro Person lag. Zu einer modernen Investmentkultur gehört auch ein adäquater steuerlicher Rahmen. Daher sollten die Koalitionsparteien an dieser Stelle weiter nachbessern, um diejenigen zu unterstützen, die mit Aktien und Wertpapieren für ihre Altersvorsorge sparen und ihr Vermögen verwalten und absichern.

Wir nehmen wahr, dass der Koalitionsvertrag keine nationale Finanztransaktionssteuer enthält. Das ist eine gute Entscheidung. Eine solche Steuer würde insbesondere ins Mark der Altersvorsorge treffen und alle Vorsorgesparerinnen und -spa-

rer belasten, deren Gelder an den Kapitalmärkten angelegt werden. Die Diskussionen auf EU-Ebene zur „Finanztransaktionssteuer (FTT) in Verstärkter Zusammenarbeit“ in den letzten Jahren zeigt deutlich, wie schwierig eine Konsensbildung bei den beteiligten Mitgliedstaaten ist. Auch deswegen wäre es eine gute Entscheidung, eine Finanztransaktionssteuer auf nationaler und europäischer Ebene nicht weiterzuverfolgen.

Dass das zuletzt diskutierte Provisionsverbot im Koalitionsvertrag nicht erwähnt wurde, halten wir ebenfalls für richtig. Die Provisionsberatung sichert allen Teilen der Bevölkerung einen professionellen Vermögensaufbau und die Teilhabe am Kapitalmarkt. Ein Wechsel ausschließlich zur Honorarberatung würde breite Bevölkerungsteile gravierend benachteiligen. Vor allem Verbraucherinnen und Verbraucher mit geringen und mittleren Anlagebeträgen würden durch die Honorarberatung von der Beratung abgeschnitten, da sie zu teuer wäre. Ähnliche Versuche in anderen europäischen Ländern haben sich bisher nicht bewährt.

Wir begrüßen, dass die Befugnisse und die Ausstattung der BaFin gestärkt werden sollen. So können nationale und EU-Aufsichtsbehörden gemeinsam effiziente und wettbewerbsfähige Finanzmärkte sicherstellen. Eine gut funktionierende EU-Finanzmarktaufsicht kann Anlegerinnen und Anleger schützen und zugleich einen dynamischen Finanzsektor unterstützen.

Auch mit dieser insgesamt positiven Bewertung des Koalitionsvertrages, indem viele richtige und wichtige Themen adressiert wurden, kommt es nun auf die konkrete Umsetzung an. Wir als DDV werden dabei weiterhin den konstruktiven Dialog zum Thema „Strukturierte Wertpapiere“ suchen, um auch in dieser Legislaturperiode wichtiger Ansprechpartner zu bleiben.

„Mein Geld, mein Leben, meine Entscheidung – ich bin mir sicher!“

➤ Österreich ist eine erfolgreiche Volkswirtschaft und bietet einen Lebensstandard, der zu den höchsten in Europa zählt. Das Finanzwissen der Österreicher hingegen nimmt laut aktuellen OECD-Studien keinen Spitzenplatz ein. „35 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher haben Schwierigkeiten, den Effekt von Inflation korrekt zu beschreiben“, sagt Österreichs Finanzminister Gernot Blümel. Doch nicht nur diese Lücke soll zukünftig geschlossen werden. Finanzbildung sei vor allem auch Altersvorsorge, sagt der Minister. „In Zeiten von Niedrigzinsen ist es wichtig, sich mit Finanzthemen auseinanderzusetzen.“

In diesem Zusammenhang präsentierte das Bundesministerium für Finanzen in Österreich im Herbst die nationale Finanzbildungsstrategie. Ziel ist, das Bewusstsein, die Finanzkompetenzen und das Verständnis im Bereich Finanzbildung zu stärken. Die Bürger sollten bewusste finanzielle Entscheidungen treffen und Chancen und Risiken selbst einschätzen können.

Die steigende Komplexität der Finanzmärkte und Finanzprodukte, schnell fortschreitende Digitalisierung, immer wieder auftretende betrügerische Vorfälle im Finanzdienstleistungsbereich und die Notwendigkeit, sich verstärkt mit der Zukunftsvorsorge auseinanderzusetzen, erfordern ein immer höher werdendes Maß an Finanzbildung und Finanzkompetenz. Finanzbildung ermöglicht es, fundierte Entscheidungen in täglichen Konsumfragen zu treffen. Ein verantwortungsbewusster Umgang mit dem persönlich verfügbaren Budget sowie Vorsorge- und Sparprodukten wird dadurch ermöglicht. Das Bewusstsein über Risiken und Chancen von Finanzprodukten und unterschiedlichen Finanzierungsformen sowie über Auswirkungen von Schulden soll einen wesentlichen Beitrag zum persönlichen und gesamtheitlichen Wohlstand der Gesellschaft leisten.

Mit der nationalen Finanzbildungsstrategie für Österreich sollen gemeinsame und einheitliche Zielsetzungen für Stakeholder

im Bereich Finanzbildung gesetzt, sowie verbesserte Kanäle für den Austausch von Informationen geschaffen werden.

„Finanzbildung geht uns alle an, sie betrifft uns alle und sie trägt zu unser aller Wohlbefinden bei. Wir müssen bei den Österreicherinnen und Österreichern das Bewusstsein für Themen zu Finanzen, Kapitalmarkt, Vermögensaufbau und nachhaltige Finanzplanung stärken. Mit diesem Wissen ausgestattet, ist eine verantwortungsvollere und selbstbestimmtere Teilnahme am wirtschaftlichen Leben möglich“, so Blümel.

Die Umsetzung der Strategie soll der gesamten Bevölkerung in Österreich zugutekommen und beginnt bereits in der Schule und endet im Ruhestand. Dabei sollen insbesondere Zielgruppen in wichtigen Lebensphasen angesprochen werden, in denen sie mit hoher Wahrscheinlichkeit Zugang zu Finanzbildungsangeboten und entsprechende Unterstützung benötigen.

Digitales Finanzportal und Finanzführerschein

Bereits im kommenden Jahr soll ein digitales Finanzportal eingerichtet werden, auf dem man sich informieren und auch einen „Finanzführerschein“ machen kann. Dieser nationale Führerschein soll den Kenntnisstand zur Geld- und Finanzwirtschaft der jeweiligen Person dokumentieren.

Gemeinsam mit der Europäischen Kommission und der OECD hat Österreich die nationale Finanzbildungsstrategie erarbeitet. Dabei handelt es sich um ein Pilotprojekt. Und weitere Länder, wie Griechenland, Polen und Portugal stehen bereits in den Startlöchern, um ebenfalls mit der OECD eine ähnliche Finanzbildungsstrategie auszuarbeiten. Als DDV engagieren wir uns seit Jahren intensiv für das Thema Finanzbildung in Deutschland und sehen in dem österreichischen Beispiel einen sehr guten Ansatz das Thema in der Breite zu verankern.



→ [Link zum BMF Österreich:](https://www.bmf.gv.at/public/top-themen/financial-literacy.html)

<https://www.bmf.gv.at/public/top-themen/financial-literacy.html>

Aktuelle Zahlen zu strukturierten Wertpapieren in Deutschland

➤ Das Interesse von Anlegerinnen und Anlegern an Zertifikaten und anderen strukturierten Wertpapieren ist ungebrochen. Das Marktvolumen der Anlage- und Hebelprodukte belief sich Ende September auf 73 Mrd. Euro. Marktführer ist die DekaBank mit einem Marktanteil von 24,5 Prozent gefolgt von der DZ BANK mit 19,8 Prozent und der LBBW mit 13,4 Prozent. Ein lebhafter Handel von strukturierten Wertpapieren führte im Oktober an den Börsen in Stuttgart und Frankfurt sowie am Handelsplatz gettex, der zur Bayerischen Börse in München gehört, auf ein Handelsvolumen von 4,5 Mrd. Euro. Die Anteile am Gesamtumsatz verzeichneten Papiere der Société Générale (13,7 Prozent), von Morgan Stanley (9,5 Prozent) und der DZ BANK (9,3 Prozent).

Der Deutsche Derivate Verband veröffentlicht monatlich Übersichten zum Markt- und Handelsgeschehen und leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Markttransparenz.

→ Aktuelle Statistiken finden Sie auf unserer Internetseite unter:

<https://www.derivateverband.de/DEU/Statistiken/Marktvolumen>

Verbände fordern Chancengerechtigkeit bei der privaten Vermögensbildung

➤ Die Wahlmöglichkeiten bei der Wertpapierberatung erhalten und damit die Chancengleichheit beim Zugang zu Wertpapieranlagen sichern – das ist das Fazit einer gemeinsamen Studie, die die Deutsche Kreditwirtschaft (DK), der Deutsche Derivate Verband (DDV) und der Bundesverband Investment und Asset Management (BVI) Mitte November vorgestellt haben. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG, die die Studie im Auftrag der Verbände erstellt hat, zeigt, wie wichtig die etablierte Form der Provisionsberatung für breite Teile der Bevölkerung ist. Laut einer Umfrage würden 35 % der Befragten im Falle eines Provisionsverbots überhaupt keine Beratung mehr in Anspruch nehmen, 38 % würden dies weniger häufig tun und 24 % würden weniger oder gar keine Finanzprodukte mehr kaufen. Nach Ansicht der Verbände wäre dies ein herber Rückschlag für die (Alters-)Vorsorge großer Teile der Bevölkerung. Zudem stünde ein Provisionsverbot im Widerspruch zu dem ausdrücklichen Ziel der EU-Kapitalmarktunion, die Beteiligung von Privatanlegerinnen und -anlegern an den Kapitalmärkten zu erhöhen. „Die Vielfalt an Geschäftsmodellen und Angeboten ist eine Stärke

des Europäischen Bankenmarktes. Das gilt auch für Wertpapieranlagen. Der gesetzliche Rahmen sollte daher auch in Zukunft den notwendigen Raum lassen, dass alle Kundengruppen unabhängig von ihrem Einkommen und ihrer Risikoneigung das für sie passende Beratungsangebot finden“, so Dr. Henning Bergmann, geschäftsführender Vorstand des Deutschen Derivate Verbands (DDV).

→ Link zur KPMG-Studie:

<https://home.kpmg/de/de/home/themen/2021/11/auf-provisionsberatung-verzichten.html>

→ Link zur gemeinsamen PM der DK, des BVI und des DDV:

https://www.derivateverband.de/DE/MediaLibrary/Document/PM/211117_PM_Provisionen.pdf

Sven Harraß ist seit 1. November neuer Governmental Affairs Manager beim DDV



→ Sven Harraß ist seit 1. November neuer Governmental Affairs Manager beim Deutschen Derivate Verband (DDV). In dieser Funktion intensiviert er die Kontakte des Verbands zum Deutschen Bundestag, den Bundesministerien und den Ländervertretungen und arbeitet direkt für Dr. Henning Bergmann, geschäftsführender Vorstand des DDV. Zuvor war Herr Harraß

für Dr. Tim Ostermann MdB im Bereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit tätig, hat als Berater Digitalisierung und Strategieentwicklung gewirkt und war Mitarbeiter für die Deutsche Börse AG.

→ Vita

- 2021** Deutscher Bundestag
Büro Dr. Tim Ostermann MdB
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- 2019** TÜV Rheinland Consulting GmbH
Berater Digitalisierung und Strategieentwicklung
- 2014** Deutsche Börse AG
Political Communication &
Governmental Affairs
- 2011** Wirtschaftsrat der CDU e. V.
Referent Digitalisierung und internationale
Wirtschaftspolitik

DDV erhält Sonderpreis der diesjährigen ZertifikateAwards

➤ Der Deutsche Derivate Verband (DDV) wurde Ende November bei den ZertifikateAwards in Berlin mit einem Sonderpreis ausgezeichnet. Die mit 30 renommierten Experten besetzte Fachjury sieht im DDV als politischen Interessenvertreter der Zertifikatebranche einen wichtigen Impulsgeber, um die Rahmenbedingungen für Wertpapieranlagen in Deutschland im Interesse der Anlegerinnen und Anleger weiter zu verbessern. Obwohl viele andere Verbände bedeutend größer seien, gelänge es dem DDV immer wieder, Debatten mit neuen Ansätzen zu bereichern und so die Investmentkultur in Deutschland voranzubringen. Die Begründung der Jury lautete: „Der DDV ist als Nischenverband fit und schlagkräftig. Bildlich gesprochen verbindet er Dauerläufe und Sprint-Einlagen, wechselt auf höchstem Niveau zielsicher den Ball mit Politik und Wissenschaft und zeigt Chancen auf, wo andere das Spiel schon verloren glauben. Fair Play steht beim DDV ganz oben - der Ton in der Debatte ist stets sachlich und nicht polarisierend. Das trägt oft genug zum Erfolg der Verbandsarbeit bei.“

Die ZertifikateAwards werden jedes Jahr gemeinsam von der Zeitschrift „Der Zertifikateberater“ und dem Nachrichtensender n-tv zusammen mit der Börse Frankfurt Zertifikate, der Börse Stuttgart und Spectrum Markets an die besten Zertifikate-Emittenten des Jahres vergeben.



DDV-Preis für Wirtschaftsjournalismus geht in eine neue Runde



Der **DDV-Preis für Wirtschaftsjournalismus** geht in eine neue Runde. Im Jahr 2022 werden wir diesen zum 15. Mal verleihen. Zu den Unterstützern zählt neben der Börse Frankfurt und der Börse Stuttgart seit diesem Jahr auch der Börsenplatz gettex, der zur Bayerischen Börse gehört. Ab sofort können Journalistinnen und Journalisten sich mit einem aktuellen Beitrag für den DDV-Preis für Wirtschaftsjournalismus bewerben.

Als kreditwirtschaftlicher Verband sind wir überzeugt, dass gute Recherche und fundierte Berichterstattung wichtig sind. Sie helfen Anlegerinnen und Anlegern dabei, sich ein eigenes Bild zu machen und sich eine eigene Meinung über Wirtschaft und Märkte zu bilden. Gute Medienberichterstattung stellt auch einen Beitrag zur wirtschaftlichen und finanziellen Allgemeinbildung dar. Deswegen engagieren wir uns mit dem DDV-Preis für Wirtschaftsjournalismus und sprechen damit die gesamte Breite an journalistischen und publizistischen Formen an.

Eine unabhängige Expertenjury zeichnet Beiträge aus, die sich beschreibend, analysierend oder kommentierend mit Themen der globalen Finanz- und Wirtschaftsordnung, der Wirtschaftspolitik oder der Altersvorsorge befassen und dabei den Schwerpunkt auf strukturierte Wertpapiere legen. Die Beiträge sollen sich durch gründliche Recherche auszeichnen.

→ DDV-Preis für Wirtschaftsjournalismus:

https://www.derivateverband.de/DEU/Veranstaltungen/DDV_Preis_fuer_Wirtschaftsjournalismus.html

ZITAT DER STUNDE

„Es ist schwieriger, eine vorgefasste Meinung zu zertrümmern als ein Atom.“

Albert Einstein

Bildnachweis: Titelbild: pogonic; S. 1: Bildquellen: Hauptmotiv: MarioGuti/iStockphoto, Foto Dr. Henning Bergmann: Peter Himself; S. 2 © Deutscher Bundestag/Lichtblick/Achim Melde; S. 5: Foto Sven Harraß: Peter Himself

IMPRESSUM

Der Deutsche Derivate Verband (DDV) ist die Branchenvertretung der führenden Emittenten strukturierter Wertpapiere in Deutschland, die mehr als 90 Prozent des deutschen Zertifikatemarkts repräsentieren: BNP Paribas, Citigroup, DekaBank, Deutsche Bank, DZ BANK, Goldman Sachs, Helaba, HSBC Trinkaus, HypoVereinsbank, J. P. Morgan, LBBW, Morgan Stanley, Société Générale, UBS und Vontobel. Außerdem unterstützen 22 Fördermitglieder die Arbeit des Verbands. Dazu zählen die Börsen in Stuttgart und Frankfurt sowie gettex, die zur Bayerischen Börse in München gehört. Auch die Baader Bank, die Direktbanken comdirect bank, Consorsbank, DKB, flatexDEGIRO, ING-DiBa, maxblue, S Broker und Trade Republic gehören dazu sowie die Finanzportale finanzen.net, onvista und wallstreet:online und verschiedene andere Dienstleister.

Deutscher Derivate Verband

Geschäftsstelle Berlin
 Pariser Platz 3
 10117 Berlin
 Telefon +49 (30) 4000 475-15

Geschäftsstelle Frankfurt am Main
 Feldbergstraße 38
 60323 Frankfurt am Main
 Telefon +49 (69) 244 33 03-60

politik@derivateverband.de
 www.derivateverband.de